

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
*
***ÜBERSICHT**

*

*

* * * * *

AUSSENPOLITIK**SOWJETUNION UND OSTEUROPA****(1)
Albanien nur noch ein
Erinnerungsposten**

Am 29. November gab die albanische Botschaft in Beijing einen Empfang zum 70. Jahrestag der Unabhängigkeit Albaniens sowie zum 38. Jahrestag der "Befreiung und des Sieges der Volksrevolution in Albanien". Als prominenteste Gäste erschienen nur zwei stellvertretende Außenminister, nämlich Qian Qichen, Vizeaußenminister, und Wang Pingqing, stellvertretender Minister für Wirtschaft und Handelsbeziehungen mit dem Ausland (XNA, 30.11.82).

Während die Beziehungen Chinas zu Jugoslawien in den letzten Jahren immer enger geworden sind (u.a. übernimmt die Volksrepublik bei ihrem Aufbau auch Elemente des jugoslawischen Modells), haben sich die einst so engen Beziehungen zu Albanien, die 1977 ein jähes Ende fanden, immer mehr verflüchtigt. Es zeigen sich auch keinerlei Anzeichen einer Wiederannäherung. Allem Anschein nach ist den "Modernisierungs"-Befürwortern in der chinesischen Führung jede Erinnerung an das im Zeichen der Kulturrevolution so enge Verhältnis zu dem Zwergstaat Albanien heute peinlich (weitere Einzelheiten in C.a., Februar 1977, S.30 ff., C.a., August 1977, S.480 ff., und C.a., Dezember 1981, Ü 2).

-we-

AFRIKA UND NAHOST**(2)
Zhao Ziyang besucht zehn
afrikanische Länder**

Am 19. Dezember brach Ministerpräsident Zhao Ziyang zu einer mehrtägigen Afrika-Rundreise auf, die ihn in insgesamt zehn Länder führen wird, und zwar

nach Ägypten, Algerien, Marokko, Guinea, Zaire, Kongo, Sambia, Simbabwe, Tansania und Kenia. Das Schwergewicht dieser Reise liegt bei Ägypten (dies war der erste afrikanische Staat, mit dem China i.J. 1956 diplomatische Beziehungen aufnahm), bei Zaire (kein anderer afrikanischer Staatsmann hat so oft Beijing besucht wie Mobutu), bei Simbabwe (hier hatte China mit Mugabe den "richtigen Griff getan") und bei Tansania/Sambia (wo China in den sechziger Jahren sein bisher kostenträchtigstes Entwicklungsobjekt, nämlich die Tansam-Bahn, verwirklicht hat).

Zhao Ziyang, der zweite chinesische Ministerpräsident, der dem afrikanischen Kontinent einen Besuch abstattet, wird bei seinen afrikanischen Gastgebern vermutlich stets in Zusammenhang mit Zhou Enlai betrachtet werden, der zwischen Dezember 1963 und Februar 1964 seine "Safari" absolvierte. Zeigte die Reise Zhou, daß China die Dritte Welt "entdeckt" hatte, so soll die Reise Zhao's möglicherweise zeigen, daß China die Dritte Welt "wiederzu-entdecken" beginnt, nachdem es sich - im Zuge seines Modernisierungskurses - lange Zeit allzu einseitig an den Industrieländern orientiert hatte. Der "Entdeckung" Anfang der sechziger Jahre waren zwei wichtige politische Bewegungen vorausgegangen: Zum einen hatte China bei der Bandung-Konferenz seine ersten Kontakte mit afrikanischen Staaten und wurde bereits ein Jahr später, nämlich 1956, von Ägypten diplomatisch anerkannt. Zum anderen fand in den Jahren 1960 ff. der große Dekolonisierungsprozeß statt, in dessen Verlauf - und zwar von Januar 1960 bis Dezember 1965 - nicht weniger als 29 afrikanische Kolonien unabhängig wurden, darunter 16 Staaten allein i.J. 1960. Wo anders als hier konnte China Länder finden, mit denen sich offizielle diplomatische Kontakte aufnehmen ließen? Die Republik China war damals der Volksrepublik im diplomatischen Verkehr noch Meilen voraus! Am Ende sollte sich zeigen, daß sich Beijing in der Tat mit seinem Kalkül nicht verrechnet hatte: Ende 1965 war es bereits von 15 afrikanischen Ländern anerkannt. Freilich hatte es auch einen Rückschlag hinnehmen müssen, nachdem sein Plan einer Vereinigung der Dritten Welt gegen "den Kolonialismus" (in Form einer zweiten Bandung-Konferenz) 1965 in Algier scheiterte. Ein zweites Motiv neben der Suche nach diplomatischer Anerkennung lag darin, den Konflikt mit der Sowjetunion auch auf die Dritte Welt

auszuweiten und dort eine Resonanzbasis für die eigenen revolutionären Vorstellungen zu gewinnen. In diesem Zusammenhang auch fiel das berühmte - und viele damalige Regierungen schockierende - Wort Zhou Enlais, daß "Afrika für die Revolution reif" sei (geäußert in Somalia). Diese Aussage, die zu zahlreichen kritischen Rückfragen bei dem chinesischen Gast führten, sollte während der Kulturrevolution praktisch erprobt werden, als Beijing versuchte, die Lin-Biao-Forderung von der Einkreisung der Weltstädte durch die Weltdörfer auch auf Afrika zu übertragen. China unterstützte damals u.a. im Kongo, dem heutigen Zaire, die sich auf Lumumba berufenden Rebellen, stellte sich in Niger hinter die revolutionäre Sawaba-Partei, in Kenia hinter Odingas Volksunion und im Senegal hinter die Afrikanische Unabhängigkeitspartei. Angesichts dieses revolutionären Schwungs reagierten Kenia, Dahomey sowie die Zentralafrikanische Republik mit der Schließung chinesischer Korrespondenzbüros (1965) bzw. mit der Ausweisung von Diplomaten. Burundi brach die diplomatischen Beziehungen zu Beijing 1965, Dahomey 1966 und die Zentralafrikanische Republik und Ghana ebenfalls 1966 ab.

Mit dem zweiten Höhepunkt des sino-sowjetischen Konflikts (1968/69) vollzogen die Chinesen dann aber einen grundlegenden Kurswechsel. Beijing nahm von jetzt an mit jedem Staat diplomatische oder Entwicklungshilfebeziehungen auf, der sich hinter seine antihegemonistischen Vorstellungen stellte, sogar mit dem Kaiserreich Äthiopien, das nun ganz gewiß nicht den revolutionären Vorstellungen der Chinesen entsprechen konnte.

Seit Zhou Enlais Besuch sind 18 Jahre, seit dem Höhepunkt der Kulturrevolution, dem Jahre 1969, 13 Jahre vergangen. Die Klassenkampfphase ist seit Ende 1978 einem Modernisierungskonzept gewichen. Außenpolitisch ist die VR China längst ein weltweit anerkannter Staat, der seit 1971 auch seinen Sitz in der UNO hat.

Die revolutionäre Komponente und die Suche nach Anerkennung, die noch beim Besuch Zhou Enlais eine so dominante Rolle gespielt hatte, sind inzwischen aus der Außenpolitik Beijings verschwunden (China unterhält inzwischen offizielle Beziehungen zu 45 afrikanischen Ländern). Geblieben ist der "Antihgemonismus", der inzwischen theoretisch auch wieder gegen die USA geltend gemacht

wird, der sich aber - trotz der neuerlichen Verhandlungen zwischen Moskau und Beijing - fast ausschließlich gegen die Sowjetunion wendet. Der Hegemonismus Moskaus in Afrika wird in der Tat auch als eins der Motive für die Reise Zhaos herausgestellt, daneben aber auch der Kampf gegen den "Expansionsismus" Israels, gegen den "Rassismus" Südafrikas sowie gegen das "Ringeln der beiden hegemonistischen Mächte" um Einflußbereiche. Es werden aber nicht nur "Anti"-Elemente angeführt, sondern darüber hinaus auch ein gemeinsames positives Interesse, nämlich die "Süd-Süd-Zusammenarbeit", die in China seit der Konferenz von Neu-Delhi (1982) hoch im Kurs steht (ausführlich hierzu C.a., Oktober 1982, S.583 ff.).

Es gebe viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit, angefangen von der technischen Beratung über die Ausbildung von Personal bis hin zu Joint Ventures und kooperativer Produktion.

Von Mitte November bis Anfang Dezember 1981 hatte bereits der damalige Außenminister Huang Hua fünf afrikanische Länder, nämlich Nigeria, Guinea, Mali, Senegal und Ghana besucht (nähere Einzelheiten dazu in C.a., Dezember 1981, Ü 4).

Die Reise Zhaos - also eine große diplomatische Geste in Richtung Afrika - war nötig geworden, weil die Führung in Beijing offensichtlich die zunehmende Kluft zwischen verbaler und praktischer Dritte-Welt-Politik spürte. China hat seine Entwicklungshilfe an afrikanische Staaten zwar in den vergangenen Jahren fortgesetzt, vor allem auf dem Gebiet des Medizinwesens, des Straßen- und Textilfabrikbaus sowie der Errichtung von Sportstadien und Kongreßhallen; doch hatte sich sein Interesse i.ü. fast ganz den Industriestaaten zugewandt. Solange der Modernisierungskurs in China auf der Tagesordnung bleibt, dürfte das mit dem Zhao-Besuch demonstrierte Interesse an Afrika nicht recht viel mehr als eine Geste bleiben, die freilich in einer so überaus zum Ritual neigenden Außenpolitik wie der chinesischen gewiß nicht zu unterschätzen ist und zu weiteren proafrikanischen Nachfolgeaktivitäten zwingt, die manchmal recht kostspielig sind.

-we-

(3) Weitere Abstimmung der Beziehungen zu Oman und zu den beiden jemenitischen Staaten

Vom 21. bis 26. November besuch-

te Vizeministerpräsident und Verantwortlicher für Landesverteidigung und Sicherheit Omans, Fahr Bin Taimur, die VR China und traf dort nicht nur mit dem Ministerpräsidenten, sondern auch mit Generalstabschef Yang Dezhi zusammen. Der omanische Gast führte u.a. aus, daß er die VR China zu einem Zeitpunkt besuche, da die diplomatischen Beziehungen und die "militärische Zusammenarbeit" in kräftiger Entwicklung stünden (XNA nach SWB, 30.11.82). Worin diese militärische Zusammenarbeit besteht, wurde nicht näher ausgeführt. Möglicherweise liefert China Waffen und leistet Ausbildungshilfe. Auf alle Fälle nimmt das Sultanat Oman wegen seiner Lage am Arabischen Golf aus chinesischer Sicht eine strategische Schlüsselposition ein. Kein Zufall, daß Xinhua (XNA, 8.12.82) auch die fünftägigen Land- und Seemanöver der US-RDF (Rapid deployment force) von zusammen 2.500 Soldaten in Oman mit Applaus bedachte. Die "Jade-Tiger"-Übung habe, wie es heißt, den Zweck, die US-Interessen in der Golfregion zu beschützen. Die Übung habe auch zwei amerikanische B-52-Bomber und sechs F-15-Jagdbomber miteingeschlossen. Oman und die anderen Mitglieder des Gulf Cooperation Council (GCC) hätten in diesem Zusammenhang noch weitere Maßnahmen zur Verteidigung der wegen ihres Ölreichtums so wichtigen Region beschlossen.

Noch 1965 hatte China die PFLOAG (People's Front for the Liberation of the Occupied Arabian Gulf) - eine gegen das Sultanat Oman gerichtete Befreiungsbewegung - unterstützt, hatte dann jedoch, im Zeichen des verschärften sino-sowjetischen Konflikts, einen Kurswechsel um 180° vollzogen und sich auf die Seite des bis dahin bekämpften "antihegemonistischen" Sultanats Oman gestellt. Im Mai 1978 kam es zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen. China vertritt die Ansicht, daß die Verstärkung der Einheit zwischen den arabischen Ländern ein Schlüssel zur Lösung der Nahost-Frage ist.

Mit Genugtuung verfolgte Beijing die Aussöhnung zwischen den beiden Nachbarstaaten Demokratische Volksrepublik Jemen und dem Sultanat Oman. Beide Staaten sind Nachbarländer an der Südspitze der Arabischen Halbinsel. 15 Jahre lang hatten sie einander bekämpft, sich 1982 aber - im Anschluß an die israelische Invasion nach Libanon - an den Verhandlungstisch gesetzt und eine Rahmenvereinbarung geschlossen,

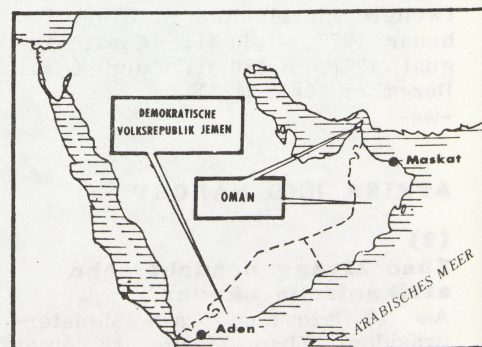
derzufolge sie in Zukunft die gegenseitigen Angriffe einstellen und normale Beziehungen (u.a. auf Botschaferebene) aufnehmen wollten.

Die DVR Jemen hat seit vielen Jahren enge Beziehungen zur Sowjetunion, das Sultanat Oman dagegen zu den USA (BRu 1982, Nr.49, S.14 f.).

China zeigte sich auch zufrieden darüber, daß sich 1982 die Beziehungen zwischen der DVR Jemen ("Südjemen") und der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) merklich gebessert haben. Die Teilung war durch die britische Kolonialmacht i.J. 1934 vorgenommen worden. Im südlichen Teil entstand im September 1962 die DVR Jemen und im Nordteil im November 1967 die Jemenitische Arabische Republik. Beide hatten 1972 das Kairoer Abkommen über die Verwirklichung ihrer Wiedervereinigung durch Konsultationen geschlossen - ein Abkommen, das jedoch angesichts der Rivalitäten zwischen der Sowjetunion und den USA nicht in Realität umgesetzt werden konnte. Erst 1982 verdichtete sich das Netz gegenseitiger Besuche und gegenseitiger Handelskontakte. Auch hier hat die Libanon-Krise viel zur beiderseitigen Aussöhnung beigetragen. Mit der Jemenitischen Arabischen Republik nahm die VR China am 24. September 1981 diplomatische Beziehungen auf (XNA, 25.9.81) und schloß am 31. Januar ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Ziviltransportwesens (XNA, 1.2.82). China gewährte der JAR ferner einen Kredit von 30 Mio. US\$.

Mit der Jemenitischen Volksrepublik bestehen diplomatische Beziehungen bereits seit 1956. Am 24. September feierten Vertreter beider Länder in Sanaa den 25. Jahrestag (XNA, 26.9.81).

-we-



**(4)
China empfängt eine
Delegation der Arabi-
schen Liga unter Führung
Husseins und unterstützt
den arabischen Friedens-Plan
von Fez**

Vom 5. bis 7. Dezember hielt sich eine aus Vertretern von sieben Ländern bestehende Delegation des Komitees der Arabischen Liga mit dem jordanischen König Hussein an der Spitze in Beijing auf. Zweck des Besuches war es, den Chinesen (und vorher bereits den Sowjets) die Beschlüsse der XII. Gipfelkonferenz der arabischen Länder von Fez, vor allem den dort angenommenen 8-Punkte-Plan zur Lösung der Nahost-Frage zu erläutern. Der arabische Plan fordert den Abzug Israels aus allen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten sowie eines unabhängigen Palästinenserstaats im besetzten Westjordanien und im Gazah-Streifen. Israel müsse das Recht auf Rückkehr der Palästinenser in die Heimat, das Recht auf nationale Selbstbestimmung und das Recht auf Gründung eines eigenen Palästinenserstaates anerkennen (XNA, 7. und 8.12.82; RMRB, 7.12.82).

Beijing erklärte diesen Plan für eine realistische Grundlage der zentralen Nahostprobleme. Es hatte schon seinerseits den 7-Punkte-Plan Saudi-Arabiens unterstützt, der die gleichen Kernelemente wie der 8-Punkte-Beschluß von Fez enthielt (Näheres dazu C.a., Dezember 1981, Ü 5) (XNA, 11.12.82).

Die chinesischen Diplomaten benutzten die Gelegenheit des Besuchs der Liga zu Gesten der Reverenz gegenüber König Hussein - u.a. wurde der "rapide wirtschaftliche Fortschritt in Jordanien" hervorgehoben (XNA, 7.12.82) - sowie gegenüber dem saudiarabischen Außenminister Prinz Saud el-Feisal. Der saudiarabische Vertreter traf u.a. mit seinem Amtskollegen, dem neuen chinesischen Außenminister Wu Xueqian, zu einer Unterredung zusammen, bei der das Thema einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder zur Sprache kam, obwohl Saudi-Arabien immer noch Beziehungen zu Taiwan unterhält und es nach wie vor ablehnt, mit atheistischen Regimen diplomatische Beziehungen aufzunehmen (zur Werbung Chinas gegenüber Saudi-Arabien vgl. C.a., Dezember 1981, Ü 5).

Gleichzeitig mit dem Beifall für den Nahost-Plan von Fez wendet sich die chinesische Diplomatie gegen den 8-Punkte-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten

Reagan, dessen Kern darin bestehe, daß die USA die PLO erst dann anerkennen wollen, wenn diese Israel anerkannt habe. Die USA weigerten sich damit nach wie vor, der Realität ins Auge zu sehen.

-we-

INNENPOLITIK

(5) 5. Tagung des V.NVK

Die 5. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 26. November bis 10. Dezember 1982 in Beijing statt. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Verabschiedung einer neuen Verfassung der Volksrepublik China und die Verabschiedung des 6. Fünfjahrplans für den Zeitraum von 1981 bis 1985. An der Tagung nahmen etwas über 3.000 der insgesamt 3.421 NVK-Abgeordneten teil, d.h. rund 10% der NVK-Delegierten fehlte. Ingesamt wurden auf der diesjährigen Tagung des chinesischen 'Parlaments' folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Verabschiedung einer neuen Verfassung der Volksrepublik China (Text in: RMRB, 5.12.82; vgl. C.a., Mai 1982, S.271-273; siehe auch die offizielle Erläuterung der neuen Verfassung durch Peng Zhen in RMRB, 6.12.82).

2. Beschluß über die Wiedereinführung des "Marsches der Freiwilligen" als Nationalhymne der Volksrepublik China (Text und Noten in: RMRB, 5.12.82).

Damit kehrt die VR China zu ihrer ersten Nationalhymne zurück, die von 1949 bis 1966 gegolten hatte. Ihr Text stammt aus der Zeit des chinesischen Widerstandskampfes gegen die japanische Besetzung und fordert das chinesische Volk u.a. auf, "dem Kanonenfeuer des Feindes zu widerstehen und vorwärtszuschreiten". Da der "Marsch der Freiwilligen" keinen Hinweis auf die Kommunistische Partei Chinas und Mao Zedong enthält, war das Lied während der Kulturrevolution verboten und der Verfasser des Textes, Tian Han, umgebracht worden. Mit der nun erfolgten Wiedereinführung der alten Nationalhymne wurde der im Februar 1978 beschlossene Text außer Kraft gesetzt. In dieser 78er-Hymne waren u.a. die "Führung durch die großartige Kommunistische Partei" und "das Banner Mao Zedongs" besungen worden, das man für immer hochhalten werde. Die "Volkszeitung" begründete die Abschaffung des 1978er-Textes u.a. damit, daß "die Massen den Text nicht mögen" (RMRB, 6.12.82).

3. Beschluß über die Erweiterung der verfassungsmäßigen Befugnisse des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses bis zur Wahl des Staatspräsidenten (RMRB, 5.12.82).

Da das in der neuen Verfassung wiedereingeführte Amt des Staatspräsidenten erst auf der 1. Tagung des VI. NVK besetzt werden soll, sieht der Beschluß vor, daß bis dahin der Ständige NVK-Ausschuß auch die Befugnisse des Staatspräsidenten ausübt - gesetzgeberisch wurde dies so geregelt, daß bis zur Wahl des Staatspräsidenten für die Befugnisse des Ständigen NVK-Ausschusses nach wie vor Art.25 und 26 der Verfassung von 1978 gelten.

4. Verabschiedung des "6. Fünfjahrplans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung" (Kurzfassung in: RMRB, 13.12.82).

5. Annahme des Berichts von Zhao Ziyang über den 6. Fünfjahrplan (Text in: RMRB, 14.12.82).

6. Verabschiedung der "Eckdaten des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung i.J. 1983" (Text in: RMRB, 20.12.82).

7. Annahme des "Berichts über die Staatseinnahmen und -ausgaben i.J. 1982 und über den Staatshaushalt für 1983" (Text in: RMRB, 15.12.82).

8. Genehmigung des Staatshaushalts für 1983.

9. Verabschiedung des abgeänderten Organisationsgesetzes des Nationalen Volkskongresses (Text in: RMRB, 15.12.82; siehe auch RMRB, 16.12.82).

10. Verabschiedung des abgeänderten Organisationsgesetzes des Staatsrats (Text in: RMRB, 15.12.82; siehe auch RMRB, 16.12.82).

11. Abänderung des Organisationsgesetzes der lokalen Volkskongresse und lokalen Volksregierungen anhand der betreffenden Bestimmungen der neuen Verfassung (RMRB, 11.12.82; vollständiger Wortlaut des abgeänderten Gesetzes in: RMRB, 16.12.82).

12. Abänderung des Wahlgesetzes des Nationalen Volkskongresses und der lokalen Volkskongresse anhand der betreffenden Bestimmungen der neuen Verfassung (RMRB, 11.12.82; vollständiger Wortlaut des abgeänderten Gesetzes in: RMRB, 16.12.82).

13. Annahme des Arbeitsberichts